

und multilaterale Integrationspolitik und hat sich an der Nahtstelle zweier wichtiger Wirtschafts- und Rechtsräume positioniert.

2.1 Liechtensteins indirekte Teilnahme am europäischen Integrationsprozess

Nachdem 1958 die Verhandlungen zu einer gesamteuropäischen Freihandelszone im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) gescheitert waren, gründeten Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz 1960 die Europäische Freihandelsassoziation. Das Fürstentum Liechtenstein war als selbständiges Mitglied (selbst ohne Stimmrecht) nicht erwünscht, aber in einem Protokoll wurde festgehalten, dass die EFTA-Konvention solange auf Liechtenstein Anwendung finden sollte, als die Zollunion mit der Schweiz bestünde.⁹ Die liechtensteinischen Interessen sollten dabei durch die Schweiz vertreten werden.

Eine ähnliche Regelung wurde 1972 für die damals geschlossenen bilateralen Freihandelsabkommen der Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften getroffen. Immerhin durfte im Gemischten Ausschuss EG-Schweiz ein liechtensteinischer Vertreter im Rahmen der schweizerischen Delegation teilnehmen.¹⁰ Für die wenigen nicht vom Zollanschlussvertrag abgedeckten Bereiche dieser Freihandelsabkommen erteilte Liechtenstein der Schweiz besondere Vertretungsvollmachten. Der so genannte Luxemburg-Prozess fügte ab 1984 auf gesamteuropäischer, multilateraler Ebene etwa dreissig neue Kooperationsbereiche, wie technische Handelshemmnisse, Ursprungsregeln, Forschung und Entwicklung, Umweltschutz oder Bildung, hinzu.¹¹ Da viele dieser Bereiche nicht vom bestehenden liechtensteinisch-schweizerischen Vertragsverhältnis erfasst waren, wurde Liechtenstein von Anfang an zu den zweimal jährlich stattfindenden Treffen der «High-Level Contact Group»,

9 Batliner, «Liechtenstein und die europäische Integration», op.cit., S. 12.

10 Liechtenstein, Bericht über das Fürstentum Liechtenstein und die Europäische Integration, Nr. 45, Vaduz, 7. 11. 1989, S. 38–42.

11 Hurni, Bettina, «EFTA-EC Relations after the Luxembourg Declaration», in: Möttölä, Kari und Heikki Patomäki (Hrsg.), *Facing the Change in Europe: EFTA Countries' Integration Strategies*, Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 1989, S. 88–101.